

Suhartos Erbe(n)

von Klaus H. Schreiner

Worüber seit Jahren in Indonesien und vielen Kreisen diskutiert und spekuliert wurde, kam letztendlich für die meisten Beobachter und für viele der Beteiligten selbst doch sehr überraschend: der Abgang eines der am längsten herrschenden Autokraten unseres Jahrhunderts. Wenn man den Berichten glauben darf, war es letztlich eine Entscheidung, die innerhalb weniger Stunden getroffen wurde. Der einst mächtigste Mann des Landes trat buchstäblich über Nacht zurück und hinterließ einen politischen und ökonomischen Trümmerhaufen.

Noch kein wirklicher Wandel

Zunächst ist in Indonesien eine gewisse Erleichterung zu verspüren. Der erste Schritt zu einem politischen Wandel hat sich gemessen an früheren Vorgängen relativ ruhig vollzogen. Bisher ist es aber nicht zu einer gesellschaftlichen Generalabrechnung wie 1965 gekommen, der nach der Machtübernahme Suhartos mehrere hunderttausend Menschen zum Opfer gefallen sind.

Aber ist es nur ein kleiner Schritt hin zu einem wirklichen Wandel? Natürlich ist Bacharuddin Jusuf Habibie nicht Suharto. Aber trotzdem steht der neue Präsident für all das, das den Vorgänger und dessen Familie letztendlich so verhaßt gemacht hat. Habibie hat in den vergangenen Jahren nicht nur seiner Familie viele einflußreiche Posten und lukrative Geschäfte verschafft, sondern sich auch selbst hemmunglos bereichert. So bewegt er sich in Jakarta im wesentlichen noch in den alten Gleisen, sind die wichtigen Personen und Cliquen der Suharto-Ära immer noch in den profitablen Schlüsselpositionen.

Indonesien und besonders aber seine Reformkräfte befinden sich in einem Dilemma, das trotzdem schnelle und wirkungsvolle Entscheidungen verlangt. Auf der einen Seite verschlechtert sich die ökonomische Lage von Tag zu Tag. Das Protestpotential in der von Preissteigerungen und Versorgungsengpässen betroffenen

Bevölkerung nähert sich wieder dem kritischen Punkt einer sozialen Eruption. Auf der anderen Seite gibt es das starke und berechtigte Bedürfnis, mit dem Erbe der dreißigjährigen Autokratie politisch und moralisch aufzuräumen und die politischen Verhältnisse grundlegend neu zu ordnen. Soll verhindert werden, daß sich ein Fall Suharto wiederholt, muß der zweiten Option Priorität eingeräumt werden. Ob das unter dem Druck der hungernden oder an Medikamentenmangel leidenden Bevölkerung möglich sein wird?

Indonesien steht vor einer Reihe von sehr großen Aufgaben, die bis an das politische Selbstverständnis der Nation rühren. Diese sind um so schwerer zu lösen, als das Land bisher keine politische Kultur entwickeln konnte, in der ein auf gegenseitigen Interessenausgleich bedachter demokratischer Diskurs möglich ist.

Verfassungsreform

Ein fundamentales Problem ist die veraltete »Verfassung von 1945«. Sie wurde in den ersten Wochen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von einer noch vom japanischen Besatzungsregime eingesetzten Kommission erarbeitet und trägt in ihren sehr allgemeinen Bestimmungen alle Anzeichen der Vorläufigkeit. Die Diskussion darüber, ob die Machtübertragung von Suharto auf Habibie konstitutionell gewesen ist, zeigt deutlich die Unzulänglichkeit der verfassungsrechtlichen Bestimmungen mit ihren großen Interpretationsspielräumen. Diesen Verfassungsrahmen zu modernisieren und den Erfordernissen einer Gesellschaft im Übergang



von feudalen und agrarischen Strukturen zu einer kapitalistischen Industriegesellschaft anzupassen, ist eine dringende Aufgabe. Besonders die Beschränkung der Amtsperioden und Machtbefugnisse des Präsidentenamtes sind ein notwendiger Schritt zur Schaffung politischer Transparenz und Verantwortlichkeit.

Nationale Einheit

Der muslimische Politiker Amien Rais, einer der Protagonisten der gegenwärtigen Reformbewegung, hat jüngst vor einer Balkanisierung Indonesiens gewarnt und die Selbstzerfleischung Jugoslawiens als abschreckendes Beispiel beschworen. Zwei Faktoren werden für den Zusammenhalt des indonesischen Vielkulturenstaates eine entscheidende Rolle spielen: der ökonomische Ausgleich zwischen den Regionen und die Anerkennung der bestehenden Differenzen hinsichtlich politischer Kultur und Rechtsauffassung zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen.

Java ist mit der Hälfte der Einwohner Indonesiens sowohl kulturell als politisch-ökonomisch in einem Maße dominant, daß die Menschen auf den sogenannten Außeninseln diese Vorherrschaft oft als eine Form des internen Kolonialismus erleben. Diese Bevormundung hat bereits in den fünfziger Jahren zu mehreren Sezessionsversuchen geführt, die jedesmal blutig niedergeschlagen wurden. Politiker auf Java — unabhängig davon, ob sie Teil der Reformbewegung sind oder zu den unvermeidlichen Wendehälsen gehören — können eine Einheit des Landes nur

Der Autor ist wiss. Mitarbeiter der Südostasienwissenschaften an der Universität Frankfurt. Außerdem ist er Mitglied im Vorstand des Trägervereins.

dann nachhaltig aufrecht erhalten, wenn die Gewinne aus der Ausbeutung der Rohstoffe auf den Außeninseln auch den Herkunftsprovinzen zugute kommen und nicht in der Hauptstadt Jakarta in den von Javanern oder ethnischen Chinesen kontrollierten Konglomeraten akkumuliert werden. Zur Beendigung dieser ökonomischen Ausbeutungsverhältnisse zwischen Zentrum und Peripherie gehört wesentlich die Anerkennung der in den traditionellen Sozialordnungen (adat) verankerten Landtitel, besonders in Kalimantan und West-Papua. Die traditionellen, lokalen Gesellschaften müssen ein maßgebliches Mitspracherecht in allen Angelegenheiten haben, die ihr nicht-kodifiziertes Besitz- und Nießbrauchrecht an dem von ihnen bewohnten Land angeht. Dies müßte, wenn es gerecht gehandhabt wird, zur Rückgabe von unrechtmäßig angeeignetem und unangemessen entschädigtem Land in großen Stil führen. Eine Meßlatte für eine Demokratisierung und Reformierung der indonesischen Gesellschaft wird deshalb auch der Respekt und die Anerkennung der ethnischen Gruppen mit ihren jeweils eigenen gesellschaftlichen Ordnungen sein.

Religiöse Toleranz

Die Frage der nationalen Einheit Indonesiens hängt allerdings auch von der Frage der religiösen Toleranz und des Lebens- und Entfaltungsrums aller Religionsgemeinschaften in einem neugestalteten Staatswesen ab. In den fünfzig Jahren seit der Unabhängigkeit ist es den Islamiten Indonesiens nicht gelungen, sich politisch gegen die säkularistischen abangan-Muslime und Nicht-Muslime durchzusetzen. Dessen ungeachtet hat sich in den vergangenen Jahrzehnten eine kulturelle Islamisierung des Landes vollzogen, deren Träger vor allem Angehörige der neuen Mittelklasse sind. Wie werden sich also diese Muslime mit ihrem gewachsenen politischen und religiösen Selbstbewußtsein in eine neue Gesellschafts- und Politikordnung einbringen? Werden die sich jetzt neu gründenden islamisch orientierten Parteien eine ähnliche Niederlage erfahren, wie bei den bisher einzigen einigermaßen freien Wahlen im Jahr 1955? Im Gegensatz zu den

fünzigjährigen Jahren erscheint das säkular-nationalistische Lager gespalten. Und eine kommunistische Partei, damals mit gut 16 % der Stimmen viertstärkste Partei, existiert heute auch nicht mehr. Vieles spricht deshalb dafür, daß der politische Islam, geführt von Vertretern eines modernistischen Islam wie Amien Rais, in den kommenden Jahren eine starke Rolle spielen wird. Das beruhigt die nicht-islamischen Minderheiten nicht gerade, denn der Vorsitzende der Muhammadiyah ist im Gegensatz zu seinem traditionalistischen Gegenüber Abdurrahman Wahid nicht gerade als ein Exponent des interreligiösen Dialogs hervorgetreten.

Vor dem 21. Jahrhundert

Bisher ist die Armee in ihrem politischen Anspruch und mit der Ausübung des Gewaltmonopols als Wahrerin der nationalen Einheit aufgetreten. Die entscheidende Rolle, die ihr gegenwärtiger Generalstabschef Wiranto bei dem relativ friedlichen Übergang von Suharto zu Habibie gespielt hat, untermauert ihren Anspruch auf eine führende Rolle auch für die Zukunft. Noch ist allerdings nicht ganz deutlich, in welche Richtung das Engagement der Armee gehen wird. Ob sich die Befürworter der »dwi-fungsi«, der militärischen und sozial-politischen Doppelfunktion für die Armee, durchsetzen werden oder diejenigen einer Professionalisierung und einer Anerkennung des Primats der Politik, ist noch unklar. Zunächst muß es um die schwierige Aufgabe gehen, den unmittelbaren Einfluß der Armee auf

die Politikgestaltung zu reduzieren. Das bedeutet Rückzug aus Kabinett und Parlament. Weiterhin muß die Verflechtungen zwischen Wirtschaft und Armee in Form militäreigener Wirtschaftsunternehmen aufgehoben werden, die der Armee bisher als Finanzquelle gedient haben.

In vielem erinnert die gegenwärtige Lage Indonesiens an die politische Aufbruchstimmung der frühen fünfzigjährigen Jahre. Das Indonesien an der Schwelle zum 21. Jahrhundert hat eine doppelte Lektion zu verarbeiten. Es hat die Lehren aus dem Scheitern der parlamentarischen Demokratie der fünfzigjährigen Jahre zu ziehen, als politische und religiöse Partikularismen und die finanzielle Schuldenlast der zugrundegegangenen Kolonialherrschaft die junge Demokratie strangulierten. Und es muß sich mit dem immer noch unverarbeiteten Trauma des Massenmords von 1965, in dem sich die politischen und ökonomischen Konflikte jener Zeit entluden, auseinandersetzen.

Die historische Chance für eine politische und gesellschaftliche Neuorientierung ist mit dem geringen Legitimationspotential eines B.J. Habibie nicht wahrzunehmen. Die Chance kann aber auch nicht genutzt werden, wenn die internationalen Großbanken auf der Rückzahlung ihrer Kredite beharren. Wenn verhindert werden soll, daß das Bemühen um Demokratie an der finanziellen Erblast der autokratischen Herrschaft Suhartos erstickt, müssen die Geberländer das Ihre tun, damit die Bürgerinnen und Bürger Indonesiens mit ihrem Erbe konstruktiv umgehen können.

